



Beschluss des gemeinsamen Bundesausschusses der Europa-Union und der  
Jungen Europäischen Föderalisten vom 24.09.2016

---

## **Europa-Union Deutschland und Junge Europäische Föderalisten fordern, die Herausforderungen durch Brexit konstruktiv anzunehmen**

Die Bevölkerung des Vereinigten Königreiches hat in einem Referendum entschieden, aus der EU austreten zu wollen. Diese Entscheidung bedauern die Europa-Union Deutschland und die Jungen Europäischen Föderalisten, sie ist aber zu respektieren. Nur wird auch hier wieder deutlich, dass solch schwerwiegende und in ihren langfristigen Folgen nur schwer durchschaubare Entscheidungen besser von Parlamenten, die wägen und beraten, getroffen werden als in einem Referendum. Die britische Regierung ist nun aufgefordert, ohne unnötigen Verzug das Verfahren nach Artikel 50 des Vertrages einzuleiten.

Das Referendum ist aus innenpolitischen Gründen angesetzt und auch nach nationalen Erwägungen mit dem Ruf ‚wir wollen nationale Kontrolle wieder gewinnen‘ entschieden worden. Die Europa-Union Deutschland kämpft für ein föderales Europa. In den kommenden Verhandlungen muss Großbritannien ebenso fair wie jeder andere Drittstaat behandelt werden. Wenn Großbritannien Zugang zum gemeinsamen Markt haben will, dann muss es auch alle vier Grundfreiheiten akzeptieren inklusive der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Denn Zugeständnisse in dieser Frage wären eine Argumentationshilfe für Euroskeptiker und Nationalisten, den EU Austritt ihres Landes zu fordern. Der kurzfristige Fokus der europäischen Institutionen sollte jetzt auf wesentlichen Fragen, die nicht allein national gelöst werden können, liegen. Zu diesen Themen gehören insbesondere:

- die Sicherheitspolitik inklusive der Terrorbekämpfung; die Sicherung der Außengrenzen und eine verstärkte institutionelle Kooperation der Sicherheitsdienste
- die Bekämpfung der Fluchtursachen durch u.a. eine Verstärkung und bessere Abstimmung der Entwicklungspolitik
- Eine Überarbeitung des gescheiterten Asylregimes (Dublin-Verordnungen) hin zu einem solidarischen EU-Asylsystem
- die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit u.a. durch verstärkte Wachstumsimpulse
- Einführung einer Fiskalkapazität zur Entlastung der nationalen Arbeitslosensysteme

- Unterstützung lokaler Initiativen, die das Problem der Jugendarbeitslosigkeit adressieren sowie die Umsetzung der Jugendgarantie, um die Jugendarbeitslosigkeit bis 2020 zu halbieren.
- Direkte Konsultation und Beteiligung von Jugendvertretern (z. B. Youth Forum) an Rechtsakten der Europäischen Union, die junge Menschen betreffen
- Stärkung von Programmen zur Förderung des europäischen Bewusstseins, wie Erasmus+ und neuen Projekten wie Free Interrail
- Förderung des Dialogs zwischen jungen Menschen und Entscheidungsträgern
- die Weiterentwicklung des Binnenmarktes in den Bereichen Digitalwirtschaft, Energie und Dienstleistungen
- die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung.

Zu all diesen Themen liegen sowohl vom Europäischen Parlament als auch der Kommission Vorschläge vor, die bisher im Wesentlichen im Europäischen Rat, der Vertretung der Mitgliedstaaten, verwässert oder blockiert worden sind. Hier müssen die Mitgliedstaaten ihre Egoismen hintenanstellen. Falls notwendig sollte auch das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit genutzt werden, wenn nicht alle Mitgliedstaaten mitmachen wollen.

Vertragsänderungen, die durch den Brexit ohnehin anstehen, sollen genutzt werden, um die Europäische Union weiterzuentwickeln. In der Krise getroffene zwischenstaatliche Vereinbarungen sollen in ordentliches EU-Recht aufgenommen werden, sodass die Institutionen diese kontrollieren können. Die 73 britischen Sitze im Europaparlament sollen im Sinne eines grenzüberschreitenden Wahlsystems in Sitze für transnationale Listen umgewandelt werden.

Die kurzfristig anzugehenden Aufgaben sollten nach Meinung der Europa-Union Deutschland eine Diskussion über die langfristige Weiterentwicklung der EU anstoßen, die in einem Konvent, beginnend nach der Europawahl 2019, weitergeführt werden soll.

Nach der Entscheidung der Bevölkerung des Vereinigten Königreiches stellen sich zwei große Herausforderungen, die konstruktiv angegangen werden müssen: Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich und eine Reform der EU. Diese Reform muss die großen Themen, die kein einzelner Mitgliedstaat allein lösen kann, angehen. Hierzu gehören auch Initiativen zur Erreichung des Ziels eines föderalen Europas. Beides muss zügig in Angriff genommen werden. Falls die Britische Regierung den Beginn des Prozesses nach Artikel 50 verzögert, muss der EU-Reformprozess davon unabhängig begonnen werden.

Der Bundesausschuss fordert die Mandatsträger der Europa-Union auf, die Position der EUD und JEF in ihren Parteien und Fraktionen einzubringen.